



Beirat Entsorgung – Jahresbericht 2024

Der Beirat Entsorgung berät das Eidgenössische Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation (UVEK) bei der Durchführung des Standortauswahlverfahrens für geologische Tiefenlager im Rahmen des Sachplans geologische Tiefenlager (SGT). Die Begleitung durch den Beirat soll helfen, Konflikte und Risiken frühzeitig zu erkennen und Lösungsvorschläge zu erarbeiten. Der Beirat fördert zudem den Dialog unter den Akteurinnen und Akteuren des Verfahrens und begleitet die Öffentlichkeitsarbeit des Bundes.

Der Beirat Entsorgung wurde im Jahr 2009 vom UVEK eingesetzt. Seit 2023 wird er vom Glarner alt Nationalrat Martin Landolt geleitet. Die weiteren Mitglieder waren im Berichtsjahr Herbert Bühl (Dipl. Natw. ETH, alt Regierungsrat SH, ehemaliger Präsident der Eidg. Natur- und Heimatschutzkommission), Anna Deplazes Zemp (Molekularbiologin und Ethikerin), Klaus Fischer-Appelt (Geologe und Professor am Lehrstuhl für Endlagersicherheit der der RWTH Aachen University), Lisa Stalder (Sprach- und Medienwissenschaftlerin, Journalistin) und Philipp Hänggi (Physiker, Leiter Produktion und Mitglied der Konzernleitung der BKW AG). Philipp Hänggi wurde an zwei Sitzungen durch Stefan Klute (Leiter Nuklear der BKW AG) vertreten. Die Leiterin der Sektion Entsorgung radioaktive Abfälle im Bundesamt für Energie (BFE) nahm an den Sitzungen als Gast teil. Die administrative Geschäftsführung des Beirats wurde durch ein Fachsekretariat des BFE erledigt.

Im Jahr 2024 hat der Beirat vier Sitzungen abgehalten. Die Beirätinnen und Beiräte nahmen im Berichtsjahr zudem an verschiedenen weiteren Veranstaltungen und Sitzungen von Gremien des Sachplanverfahrens teil (siehe unter «weitere Aktivitäten»).

Wichtigstes Thema für die nukleare Entsorgung in der Schweiz im Jahr 2024 war die Einreichung der beiden Rahmenbewilligungsgesuche für ein Tiefenlager in Nördlich Lägern und für eine Verpackungsanlage in Würenlingen durch die Nagra im November. Der Beirat hat sich deshalb im Berichtsjahr regelmässig mit diesem Schritt befasst.

An jeder Sitzung ein Thema war die Vorbereitung von Verhandlungen über die Ausrichtung allfälliger Abgeltungen für die Gemeinden der Standortregionen, welche zu verschiedenen Spannungen zwischen dem BFE, den Entsorgungspflichtigen und den Standortkantonen geführt hat.

Die vom Beirat an seinen Sitzungen bearbeiteten Fragen und Themen werden im Folgenden aufgeführt:

73. Sitzung vom 26. März 2024

An der 73. Sitzung des Beirats in Bern hat die Nagra dem Beirat ihre Kommunikationsstrategie und Informationstätigkeiten vorgestellt. Diese hat sich in den letzten Jahren gewandelt. Die Nagra betont stärker, dass die nukleare Entsorgung eine Aufgabe ist, für welche verschiedene Akteure zusammen verantwortlich sind. Sie will auch aufzeigen, dass sie selber nicht mehr nur ein technisch-wissenschaftliches Kompetenzzentrum ist, sondern bereits auch die Rolle Projektantin bzw. Bauherrin des Tiefenlagers und der Verpackungsanlage wahrnimmt. Schliesslich hat sie als private Akteurin mehr Handlungsspielraum bei der Kommunikation als die Behörden. Sie hat den Anspruch, eine ganzheitliche Sicht aller Themen rund ums Tiefenlager zu vermitteln, und hat deshalb das behandelte Themenspektrum ausgeweitet. Vom Stil her



bewegt sie sich von einer technischen und forschungsorientierten Kommunikation für wenige Spezialistinnen und Spezialisten hin zu Geschichten und Personalisierung für ein breiteres Publikum. Sie benützt vermehrt die sozialen Medien und neue digitale Formate wie Videos und Podcasts, nicht zuletzt, um ein jüngeres Publikum zu erreichen.

Der Beirat kann die Strategie der Nagra nachvollziehen. Er hat aber darauf hingewiesen, dass die Ausweitung der Kommunikation nicht in den Zuständigkeitsbereich anderer Akteure reichen sollte. Die Nagra sei trotz der Bemühungen zur Darstellung der gemeinsamen Verantwortung nach wie vor der bekannteste Akteur in der Entsorgung. Ausserdem sei der Grat zwischen populärer Kommunikation und Imagekampagnen schmal. Letztere könnten auch Abwehrreflexe auslösen, was im Hinblick auf eine wahrscheinliche Volksabstimmung heikel sei.

Dann hat sich der Beirat mit der vom BFE in Zusammenarbeit mit der Standortregion und den Standortkantonen erarbeiteten [Anpassung der Definition der Standortregionen und betroffenen Gemeinden](#) befasst. Einerseits wird die Anzahl der Infrastrukturgemeinden, auf oder unter deren Gebiet sich Anlagen der nuklearen Entsorgung befinden werden, durch die Verkleinerung des potenziellen Lagerbereichs reduziert. Dafür wird die Anzahl direkt betroffener Gemeinden durch die Einführung eines 3-km-Perimeters um die Oberflächenanlage etwas vergrössert. Die Definition der betroffenen Gemeinden kann Auswirkungen auf allfällige Abgeltungen haben und könnte deshalb umstritten sein. Der Beirat nahm zur Kenntnis, dass alle Akteure mit der Anpassung einverstanden waren.

Im Übrigen hat der Beirat die Erreichung seiner Jahresziele 2023 evaluiert sowie den Jahresbericht 2023 und die Jahresziele 2024 verabschiedet.

74. Sitzung vom 25. Juni 2024

An seiner 74. Sitzung hat sich der Beirat vertieft mit der Vorbereitung der Abgeltungsverhandlungen befasst. Das BFE hat die Schweizer Gemeinden der Standortregionen dabei unterstützt, einen Delegationsvertrag für die Einrichtung einer 17-köpfigen Abgeltungskommission zu entwerfen, welche dann ihrerseits eine aus fünf Personen bestehende Verhandlungsdelegation bestimmen soll.¹ Dieser Vertrag soll noch im Juni 2024 den 45 Gemeinden zur Ratifizierung verschickt werden. In den Verhandlungen soll dann einerseits über Direktzahlungen an die Infrastrukturgemeinden und weitere direkt betroffene Gemeinden sowie über Beiträge an die gesamte Standortregion für Projekte zur regionalen Entwicklung verhandelt werden. Die Tatsache, dass sich das BFE bei diesen Vorbereitungen engagiert, sowie die dabei verfolgte Stossrichtung wurden von den (auch im Beirat vertretenen) Entsorgungspflichtigen kritisiert. Die Abgeltungsverhandlungen seien eine Angelegenheit zwischen ihnen und den betroffenen Gemeinden, welche nicht zum Sachplanverfahren gehörten.

Beim anschliessenden Austausch des Beirats mit den Tiefenlager-Projektverantwortlichen der Standortkantonen Aargau, Schaffhausen und Zürich ging es gleich weiter mit dem Thema Vorbereitung der Abgeltungsverhandlungen. Der Beirat vertrat die Ansicht, dass das Weiterverfolgen des eingeschlagenen Wegs mittlerweile alternativlos sei, auch wenn er gewisse Bedenken der Entsorgungspflichtigen und der Standortkantonen nachvollziehen konnte.

Die übrigen Themen des Austauschs mit den kantonalen Projektleitenden wurden vertagt.

¹ Zusätzlich wird der Delegation eine Person aus Deutschland angehören.

[Medienmitteilung zur Rolle des BFE bei der Vorbereitung der Abgeltungsverhandlungen.](#)



75. Sitzung vom 20. September 2024

An seiner 75. Sitzung befasste sich der Beirat aus aktuellem Anlass mit dem Beschluss des Bundesrats, im Rahmen eines Gegenvorschlags zur «Blackout»-Initiative das Neubauverbot für Kernkraftwerke aus dem Kernenergiegesetz zu streichen. Er erachtet die dadurch wieder entfachte Grundsatzdiskussion über die Nutzung der Kernenergie als erhebliches Risiko für das Sachplan- und die beiden Rahmenbewilligungsverfahren.

Die Fortsetzung des Austauschs mit den Projektleitenden der Standortkantone drehte sich u. a. um die Zusammenarbeit mit dem Bund. Die Kantone nehmen eine Scharnierfunktion zwischen Bund und Gemeinden wahr. Dabei verlangen die Gemeinden, dass die Kantone die Gemeindeinteressen gegenüber Bund und Nagra vertreten. Gleichzeitig erwarten Bund und Nagra von den Standortkantonen, dass sie die Projekte gegenüber den Gemeinden mittragen. Im Bereich Kernanlagen sind alle Bewilligungskompetenzen beim Bund konzentriert. Die Standortkantone sehen sich jedoch – nicht zuletzt als Eigentümer des Untergrunds – in einer wichtigen Rolle und verlangen, dass diese von den übrigen Akteuren respektiert wird. Die Abgeltungsdiskussionen seien schwierig, weil hier die Zuständigkeiten der einzelnen Akteure weniger klar seien als bei anderen Sachverhalten. Insgesamt war man sich aber einig, dass die Zusammenarbeit unter allen Akteuren grundsätzlich gut funktioniert und die Verfahren auf einem guten Weg sind. Der Beirat anerkannte die wichtige Rolle der Standortkantone und will mit den Projektleitenden in regelmässigem Austausch bleiben.

Einen weiteren Austausch führte der Beirat mit Judith Flügge, Leiterin des Bereichs Endlagerung bei der Gesellschaft für Anlagen- und Reaktorsicherheit (GRS) in Braunschweig/D und Co-Leiterin der deutschen Expertengruppe Schweizer Tiefenlager (ESchT), welche die deutschen Behörden im Umgang mit den Schweizer Entsorgungsprojekten berät. Die bisherigen Stellungnahmen der ESchT haben das Schweizer Verfahren (inkl. der Einbindung der deutschen Gemeinden der Standortregionen) grundsätzlich positiv beurteilt. Flügge verwies aber auch darauf, dass die betroffene deutsche Bevölkerung empfindlich reagiert, wenn sie ihre Interessen zu wenig berücksichtigt sieht, z. B. wenn weiter entfernten Gemeinden die Betroffenheit nicht zugestanden wird, oder wenn es um Abgeltungen geht. Sie plädierte dafür, bei der regionalen Partizipation und bei den Abgeltungen eine überregionale Sichtweise beizubehalten.

In Sachen Vorbereitung der Abgeltungsverhandlungen hat der Beirat zur Kenntnis genommen, dass unterdessen die meisten Schweizer Gemeinden der Standortregionen dem Delegationsvertrag zugestimmt haben, mit einer gewichtigen Ausnahme: die Gemeinde Stadel machte ihre Zustimmung von der Finanzierung einer allfälligen externen Beratung der Abgeltungskommission abhängig.

76. Sitzung vom 26. November 2024

Die 76. Sitzung des Beirats fand im KKW Mühleberg statt, welches sich seit 2019 im Rückbau befindet. Im Anschluss an die Sitzung liess sich der Beirat von der BKW das Rückbauprojekt vorstellen und konnte die laufenden Arbeiten auf dem Betriebsgelände besichtigen.

Der Beirat hat sich mit der Kommunikation von Nagra und Behörden rund um die Einreichung der Rahmenbewilligungsgesuche vom 19. November und mit den entsprechenden Reaktionen der Medien und der Öffentlichkeit befasst. Am meisten diskutiert wurden die beantragte Lagerkapazität (wegen des Abfalls möglicher neuer KKW) und die Rückholbarkeit. Die Standortwahl selber wurde kaum in Frage gestellt.



Bei der Vorbereitung der Abgeltungsverhandlungen wurden die offenen Fragen so weit geklärt, dass der Delegationsvertrag in Kraft treten und die Konstituierung und Arbeitsaufnahme der Abgeltungskommission erfolgen konnte. Damit kann sich das BFE bei den Verhandlungen nun auf eine Beobachterrolle beschränken. Der Beirat hofft, dass sich dadurch das in diesem Handlungsfeld schwierige Verhältnis zwischen dem BFE und den Entsorgungspflichtigen bzw. den Standortkantonen entspannt.

Aufgrund der laufenden räumlichen Konkretisierung der Verfahren will sich der Beirat künftig vermehrt mit den meistbetroffenen lokalen Akteuren austauschen und sich mit den dort auftauchenden praktischen Fragestellungen beschäftigen.

Schliesslich hat sich der Beirat mit der Lageeinschätzung und Risikobeurteilung des BFE auseinandergesetzt. Ein wichtiges Thema dabei war die weitere Bedeutung des Sachplans nach der Einreichung der Rahmenbewilligungsgesuche. Das BFE ist der Ansicht, dass das Sachplanverfahren für die Regelung der raumplanerischen Aspekte, mit der regionalen Partizipation, der Gewährleistung von Transparenz und der Zusammenarbeit zwischen allen Akteuren einschliesslich Deutschlands weiterhin ein wichtiger Erfolgsfaktor für das Gelingen der nuklearen Entsorgung ist.

Weitere Aktivitäten des Beirats Entsorgung im Jahr 2024

- Martin Landolt hat an der Sitzung des Ausschusses der Kantone vom Mai teilgenommen.
- Martin Landolt hat den Beirat an der GV des Forum VERA vom Mai vertreten.
- Martin Landolt hat am Stammtisch von STADELaktiv im Oktober teilgenommen.
- Herbert Bühl hat an zwei Seminaren des ENSI zu den Rahmenbewilligungsgesuchen und an vier Sitzungen des Technischen Forum Sicherheit teilgenommen.
- Anna Deplazes hat der Nagra ein ausführliches Interview für deren [«Jahrhundertpodcast»](#) gegeben
- Lisa Stalder hat im Dezember am Koordinationstreffen des BFE mit den Präsidien und den Geschäftsstellen der regionalen Partizipationsgremien teilgenommen.
- Lisa Stalder hat im November an der ersten Sitzung der von der Nagra einberufenen Jury zur Namensfindung für das Tiefenlager teilgenommen.